

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

D. 91 — 439

**18. OKTOBER 1990. — Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft
zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich der sozialen Wiedereingliederung der Behinderten**

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere des Artikels 4, § 2, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli und 18. Juli 1990.

Aufgrund des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 3. Dezember 1986 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Gemeinschaftsminister, insbesondere des Artikels 1, § 1;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 30. August 1989 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Gemeinschaftsminister, insbesondere des Artikels 5, § 1, Ziffer 4;

Aufgrund des Gesetzes vom 16. April 1983 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1983 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 9. April 1984 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Aufgaben, die durch Fahrten oder Aufenthalte der Behinderten zum bzw. am Ort ihrer beruflichen Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung entstehen, vom Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten getragen werden, insbesondere des Artikels 4, § 1, abgeändert durch Ministeriellen Erlaß vom 17. Januar 1978;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 19. Februar 1965 zur Festlegung der Grenzen und Bedingungen, unter denen eine in Artikel 56, § 1, des Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten erwähnte Schulausbildung einer in § 2 desselben Artikels erwähnten Berufsausbildung gleichgestellt werden kann, insbesondere des Artikels 1;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 14. Mai 1965 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung oder die Einrichtung von Zentren oder Diensten für funktionelle Rehabilitation, insbesondere der Artikel 11 und 13;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 22. September 1966 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung, die Einrichtung und den Unterhalt der Zentren für berufliche Ausbildung oder Rehabilitation der Behinderten, insbesondere der Artikel 11 und 13;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 30. Januar 1967 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung, die Einrichtung und den Unterhalt der spezialisierten Berufsberatungszentren oder -dienste, insbesondere der Artikel 11 und 13;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 27. Dezember 1967 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Beteiligungen der Sozialhilfe im Bereich der sozialen Wiedereingliederung der Behinderten, insbesondere der Artikel 6, § 1, abgeändert durch Ministeriellen Erlaß vom 24. Juli 1988, 11bis, eingefügt durch Ministeriellen Erlaß vom 2. Juli 1975, sowie 16 und 19;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 23. Mai 1969 zur Festlegung der Grenzen und Bedingungen, unter denen Ausgaben, die durch Fahrten oder Aufenthalte der Behinderten zum bzw. am Ort ihrer Schulausbildung vom Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten getragen werden können, insbesondere des Artikels 4, § 1;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 23. März 1970 zur Festlegung der Bedingungen für die Gewährung einer Beteiligung an den von den Beschützenden Werkstätten getragenen Entlohnungen und Soziallasten von seiten des Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten, insbesondere der Artikel 4 und 6, abgeändert durch die Ministeriellen Erlasse vom 26. Juli 1977 und 1. Juni 1981;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 17. Januar 1978 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für den Unterhalt der Beschützenden Werkstätten, insbesondere des Artikels 2, § 3, abgeändert durch Ministeriellen Erlaß vom 4. August 1981;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 5. September 1978 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung oder die Einrichtung der Beschützenden Werkstätten, insbesondere der Artikel 2, 3, § 2, 5, §§ 8 und 9, 11bis 13 und 15, §§ 6 und 7;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsrates des Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch das ordentliche Gesetz von 8. August 1980 zur Reform der Institutionen;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Anbetracht dessen, daß es unbedingt erforderlich ist, daß vorliegende Bestimmungen am 1. Januar 1990 in Kraft treten, damit das finanzielle Gleichgewicht des Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten gewahrt werden kann;

Auf Vorschlag des Gemeinschaftsministers für Soziales und nach Beratung der Exekutive vom 17. Oktober 1990,

KAPITEL I. — Bestimmungen über die Leistung zugunsten Behinderter

Abchnitt 1. — Bestimmungen über die berufliche Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung

Artikel 1. Artikel 56, § 2, des Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

« § 2. Was die berufliche Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung betrifft :

1. durch eine in § 1 erwähnte Schulausbildung, die im Hinblick auf die Stellenvermittlung erforderlich ist und in besonderen Fällen einer beruflichen Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung gleichgestellt wird.

Diese Gleichstellung wird vom Verwaltungsrat des Nationalfonds in den Grenzen und unter den Bedingungen beschlossen, die vom Gemeinschaftsminister, der für Behindertenernpolitik zuständig ist, festgelegt werden;

2. durch einen Lehrvertrag in der Industrie, im Handwerk und im Gewerbe, in der Handelsschifffahrt und in der Seefischerei, der unter den in diesbezüglichen Gesetzen und Verordnungen vorgesehenen Bedingungen abgeschlossen und erfüllt wird;

3. durch einen besonderen Lehrvertrag für berufliche Rehabilitation der Behinderten, der in den Formen und unter den Bedingungen abgeschlossen wird, die in den Artikeln 62 bis 66 festgelegt sind;

4. durch einen Vertrag für berufliche Ausbildung oder Rehabilitation mit einem vom Gemeinschaftlichen und Regionalen Amt für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung errichteten beziehungsweise von der Exekutive anerkannten Zentrum für Berufsausbildung, der unter den Bedingungen abgeschlossen worden ist, die durch Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 11. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten, abgeändert durch Erlasse der Exekutive vom 17. Dezember 1986 und 5. Oktober 1989, festgelegt worden sind;

5. durch einen Vertrag für berufliche Ausbildung oder Rehabilitation, der mit einem in Artikel 44 erwähnten Zentrum für berufliche Ausbildung der Rehabilitation der Behinderten in den Formen und unter den Bedingungen abgeschlossen wird, die in den Artikeln 57 bis 61 festgelegt sind. »

Art. 2. In Artikel 57, Absatz 2 desselben Erlasses werden die Nummer 3 und 4 durch folgende Bestimmung ersetzt :

« 3. der in Artikel 14 des vorerwähnten Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Juni 1985 bezeichneten Person, wenn es sich um ein in Artikel 56, § 2, Nummer 3 erwähntes Zentrum für Berufsausbildung handelt. »

Art. 3. Artikel 75, Absatz 1 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

« Die Behinderten, die sich in Ausführung des gemäß Artikel 34 festgelegten Prozesses einer in Artikel 56, § 2, Nummer 1, 3 und 5 erwähnten beruflichen Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung unterwerfen, haben unter den Bedingungen, die vom Gemeinschaftsminister, der für Behindertenpolitik zuständig ist, festgelegt werden, Anrecht auf Beihilfen und Lohnergänzungen, die dazu bestimmt sind, ihnen eine Entlohnung zuzusichern, die den Entschädigungen und Vorteilen entspricht, die den Teilnehmern an Berufsausbildungskursen gewährt werden, die in einem in Kapitel II des vorerwähnten Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Juni 1985 erwähnten Zentrum erteilt werden. »

Art. 4. In Artikel 1 des Ministeriellen Erlasses vom 19. Februar 1965 zur Festlegung der Grenzen und Bedingungen, unter denen eine in Artikel 56, § 1 des Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten erwähnte Schulausbildung einer in § 2 desselben Artikels erwähnten beruflichen Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung gleichgestellt werden kann, wird Ziffer 2 durch folgende Bestimmung ersetzt :

« 2. aus finanziellen Gründen sein Studium ohne die Beteiligung des Nationalfonds unmöglich wiederaufnehmen bzw. fortsetzen können; ».

Abschnitt 2. — Bestimmungen über die Auszahlung der Leistungen

Art. 5. Artikel 74 des vorerwähnten Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963, dessen jetziger Text § 1 bilden wird, wird ein wie folgt lautender § 2 hinzugefügt :

« § 2. Der Betrag der Beteiligung des Nationalfonds an den entschädigbaren Leistungen, die im Beschluß zur Festlegung des in Artikel 34 erwähnten Prozesses nicht vorgesehen waren, kann nur unter der Bedingung ausgezahlt werden, daß die Ausgabenbelege spätestens vom Ablauf einer einjährigen Frist ab dem Zeitpunkt der Leistungsausführung, des Ankaufs eines Gegenstands oder der Aufnahme von Arbeiten beim Nationalfonds eingereicht werden, wobei diese Ausgabenbelege maßgebend sind. »

Abschnitt 3. — Bestimmungen über die Sozialhilfe

Art. 6. Artikel 18 des Ministeriellen Erlasses vom 27. Dezember 1967 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Beteiligungen der Sozialhilfe im Bereich der sozialen Wiedereingliederung der Behinderten, dessen jetziger Text § 1 bilden wird, wird ein wie folgt lautender § 2 hinzugefügt :

« § 2. In Abweichung von Bestimmungen des § 1 wird die Beteiligung auf höchstens 10 000 B pro Schuljahr begrenzt für einen Behinderten, der ein nicht universitäres postsekundäres Studium belegt, oder auf 25 000 B pro akademisches Jahr für einen Behinderten, der ein höheres universitäres Studium belegt, wenn diese Studien einer Berufsausbildung gleichgestellt werden aufgrund der Bestimmungen von Artikel 56, § 2, Nummer 1 des vorerwähnten Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963.

Zusätzliche Kosten, die unmittelbar aufgrund der Behinderung entstehen und daher zusätzliche Ausgaben im Verhältnis zu den Ausgaben bedeuten, die ein Nichtbehinderter unter den gleichen Umständen zu tragen hat, werden für die Berechnung dieser Höchstbeträge nicht berücksichtigt.

Die in Absatz 1 erwähnten Beträge können vom Verwaltungsrat des Nationalfonds insbesondere aufgrund der durchschnittlichen Höhe des Schulgelds und der Einschreibegebühren für Studien im höheren Unterrichtswesen neu festgesetzt werden. »

Art. 7. Artikel 19 desselben Erlasses wird durch folgenden Absatz ergänzt :

« Keinerlei Beteiligung an den Kosten der Wohnungsausstattung wird einem Behinderten gewährt, der seinen gemäß Artikel 4 des vorerwähnten Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963 gestellten Registrierungsantrag einreicht, nachdem er das Alter von 66 Jahren erreicht hat. »

Abschnitt 4. — Bestimmungen über die Beteiligung an den Fahrtkosten

Art. 8. Die Bestimmung, die in :

1. Artikel 4, § 1 des Ministeriellen Erlasses vom 9. April 1964 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Ausgaben, die durch Fahrten oder Aufenthalte der Behinderten zum bzw. am Ort ihrer beruflichen Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung entstehen, vom Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten getragen werden, abgeändert durch Ministeriellen Erlaß vom 17. Januar 1978;

2. Artikel 4, § 1 des Ministeriellen Erlasses vom 23. Mai 1969 zur Festlegung der Grenzen und Bedingungen, unter denen Ausgaben, die durch Fahrten oder Aufenthalte der Behinderten zum bzw. am Ort ihrer Schulausbildung entstehen, vom Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten getragen werden können, enthalten ist, wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

§ 1. Die Fahrten eines Behinderten mit einem individuellen oder individualisierten Fahrzeug dürfen lediglich zu einer Beteiligung führen unter der Bedingung :

- 1^o daß der Behinderte sich im Rollstuhl fortbewegt;
- 2^o oder daß er sich ohne Begleitung einer Drittperson fortbewegt und daß aus einem ausführlichen ärztlichen Gutachten ersichtlich ist, daß der infolge von Herz-Lungen- oder Bewegungsstörungen nicht imstande ist, Strecken von 300 Metern oder weniger zu Fuß zu bewältigen. »

Art. 9. Artikel 6, § 1, einziger Absatz des Ministeriellen Erlasses vom 27. Dezember 1967 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Beteiligungen der Sozialhilfe im Bereich der sozialen Wiedereingliederung der Behinderten, abgeändert durch Ministeriellen Erlaß vom 24. Juli 1978, wird wie folgt ergänzt :

« In Abweichung von den Bestimmungen des vorangehenden Absatzes dürfen die in Artikel 1, Nr. 1 und Nr. 2 des vorliegenden Erlasses erwähnten Kosten, die nicht im Rahmen der funktionellen Rehabilitation entstanden sind, jedoch nur zu einer Beteiligung führen, wenn die besagten Kosten die Fahrten der Behinderten mit einem individuellen oder individualisierten Fahrzeug betreffen und unter der Bedingung :

1. daß der Behinderte sich im Rollstuhl fortbewegt;
2. oder daß er sich ohne Begleitung einer Drittperson fortbewegt und daß aus einem ausführlichen ärztlichen Gutachten ersichtlich ist, daß er infolge von Herz-Lungen- oder Bewegungsstörungen nicht imstande ist, Strecken von 300 Metern oder weniger zu Fuß zu bewältigen. »

Art. 10. Der durch Ministeriellen Erlaß vom 2. Juli 1975 eingefügte Artikel 11 bis, § 1, des vorerwähnten Ministeriellen Erlasses vom 27. Dezember 1967 wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

§ 1. Der Behinderte kann eine Beteiligung an den Fahrtkosten erhalten, die ihm durch Fahrten vom Ort, an dem er sich aufhält, zum Ort, an dem sich seine Arbeitsstelle befindet, und zurück entstehen, und zwar für jeweils eine Hin- und eine Rückfahrt, unter der Bedingung :

1. daß entweder der Nationalfonds bestätigt hat, daß er aufgrund der Art oder der Schwere seiner Behinderung unmöglich ohne Begleitung einer Drittperson die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen kann;
2. oder daß die Benutzung eines individuellen Fahrzeugs erforderlich ist, weil er sich im Rollstuhl fortbewegt oder weil er sich ohne Begleitung einer Drittperson fortbewegt und aus einem ausführlichen ärztlichen Gutachten ersichtlich ist, daß er infolge von Herz-Lungen- oder Bewegungsstörungen nicht imstande ist, zusätzliche Strecken von über 300 Meter zu Fuß zu bewältigen. »

KAPITEL II. — Bestimmungen über die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung oder die Einrichtung von Anstalten, die vom Nationalfonds anerkannt sind

Art. 11. Die Bestimmung, die in :

1. Artikel 11, Absatz 2, Nummer 2 des Ministeriellen Erlasses vom 14. Mai 1965 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung oder die Einrichtung von Zentren oder Diensten für funktionelle Rehabilitation;

2. Artikel 11, Absatz 2, Nummer 2 des Ministeriellen Erlasses vom 22. September 1968 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung, die Einrichtung und den Unterhalt der Zentren für berufliche Ausbildung oder Rehabilitation der Behinderten;

3. Artikel 11, Absatz 2, Nummer 2 des Ministeriellen Erlasses vom 30. Januar 1967 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung, die Einrichtung und den Unterhalt der spezialisierten Berufsberatungszentren oder -dienste;

4. Artikel 11, Absatz 2, Nummer 2 des Ministeriellen Erlasses vom 5. September 1970 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung oder die Einrichtung der Beschützenden Werkstätten,

enthalten ist, wird wie folgt ergänzt :

« Diese Frist darf sechs Monate nicht überschreiten : bei höherer Gewalt, die vom Antragsteller vor Ablauf dieser Frist geltend gemacht wird, kann sie um höchstens sechs Monate verlängert werden, wenn der Antrag die Gewährung eines Zuschusses für den Bau von Gebäuden und den Ankauf dazugehöriger Einrichtungsgegenstände bezweckt. Wenn der Antragsteller eine juristische Person des öffentlichen Rechts ist, die Aufsichtsverpflichtungen unterliegt, kann die Verlängerung für zweimal sechs Monate gewährt werden. »

Art. 12. Die Bestimmungen des Artikels 13 derselben Erlasse wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

« Artikel 13. Im endgültigen Beschluß über die Gewährung gibt der Nationalfonds die Höhe des bewilligten Zuschusses an, der den Betrag, der in dem in Artikel 11 erwähnten prinzipiellen Beschluß vorgesehen ist, nicht übersteigen darf.

Darüber hinaus wird in diesem endgültigen Beschluß angegeben :

1. aufgrund welcher Elemente die Höhe des Zuschusses gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses berechnet wird;

2. welche Änderungen der Nationalfonds gegebenenfalls meint, am Plan der Ankäufe, Arbeiten und Anmietungen anbringen lassen zu müssen, Änderungen, denen die Auszahlung untergeordnet wird;

3. die Höhe und den Rang der Hypothek oder der anderen Sicherheiten, die der Nationalfonds gegebenenfall als Garantie für die vom Antragsteller eingegangenen Verpflichtungen verlangt.

Der endgültige Beschluß wird von Amts und Rechts wegen aufgehoben, falls die Arbeiten nicht begonnen oder die Ankäufe nicht getätigt worden sind vor Ablauf des Trimesters, das dem Trimester folgt, das vom Antragsteller im gebilligten Plan der Ankäufe, Arbeiten und Anmietungen als Trimester angegeben worden war, im Laufe dessen die Arbeiten begonnen oder die Ankäufe getätigt werden sollten.

Im Falle der höheren Gewalt, die vom Antragsteller vor Ablauf der im vorhergehenden Absatz erwähnten Frist geltend gemacht wird, kann der Verwaltungsrat des Nationalfonds diese Frist um höchstens sechs Monate verlängern, wenn der Antrag die Gewährung von Zuschüssen für den Bau oder den Umbau von Gebäuden oder den Ankauf dazugehöriger Einrichtungsgegenstände bezweckt, beziehungsweise um höchstens drei Monate, wenn der Antrag die Gewährung von Zuschüssen für den Ankauf von Grundstücken oder Gebäuden sowie den Ankauf von Einrichtungsgegenständen, der nicht im Zusammenhang mit einem Bau- oder Umbauvorhaben steht, bezweckt. »

Art. 13. In dieselben Erlasse wird ein wie folgt lautender Artikel 15*bis* eingefügt :

« Artikel 15*bis*. Die Zahlung der gewährten Zuschüsse muß bei Strafe der Verwirkung unter Beibringung der in Artikel 15 erwähnten Ausgabenbelege innerhalb sechsmonatiger Frist beantragt werden, zu rechnen ab dem Datum der Notifizierung des endgültigen Beschlusses, wenn die Arbeiten oder Ankäufe zum Zeitpunkt dieses Beschlusses bereits erfolgt waren; oder ab dem Datum der Ausführung der Arbeiten beziehungsweise der Tätigung der Ankäufe, wenn die Arbeiten oder Ankäufe zum Zeitpunkt des endgültigen Beschlusses noch nicht erfolgt waren. »

KAPITEL III. — Bestimmungen über die beschützenden Arbeitsstellen

Abschnitt 1. — Bestimmungen über die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung oder die Einrichtung Beschützender Werkstätten

Art. 14. In Artikel 2, § 1, Absatz 2, Nummer 2 und § 2, Absatz 2, Nummer 2 des Ministeriellen Erlasses vom 5. September 1978 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung oder die Einrichtung der Beschützenden Werkstätten werden die Wörter « sowie die Kosten für die Anschaffung oder das Liehen von Arbeitskleidern » gestrichen.

Art. 15. Artikel 3, § 2, desselben Erlasses, abgeändert durch Ministeriellen Erlaß vom 7. September 1983, wird aufgehoben.

Art. 16. In Artikel 5, § 8, desselben Erlasses werden die Wörter « Die Kosten für die Anschaffung der Maschinen, des Mobiliars und der Arbeitskleider » durch die Wörter « Die Kosten für die Anschaffung der Maschinen und des Mobiliars » ersetzt.

Art. 17. Artikel 5, § 9, desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 18. In Artikel 12, Absatz 1, Nummer 1, Lit. b, zweiter Absatz sowie Nummer 4, desselben Erlasses werden die Wörter « der Maschinen, des Mobiliars und der Arbeitskleider » durch die Wörter « der Maschinen und des Mobiliars » ersetzt.

Art. 19. Artikel 15, § 6, desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

« Der Zuschuß bezüglich des Ankaufs von Maschinen und Mobiliar wird auf Vorlage seitens des Antragstellers einer Kopie der Rechnung und einer Erklärung, die bestätigt, daß Maschinen und Mobiliar ihm in einwandfreiem Zustand geliefert worden sind, gezahlt. »

Art. 20. Artikel 15, § 7, desselben Erlasses wird aufgehoben.

Abschnitt 2. — Bestimmung über die Gewährung von Zuschüssen für den Unterhalt der Beschützenden Werkstätten

Art. 21. § 1. Artikel 2, § 3, Absatz 1, des Ministeriellen Erlasses vom 17. Januar 1978 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für den Unterhalt der Beschützenden Werkstätten, abgeändert durch Ministeriellen Erlaß vom 4. August 1981, wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

« Der Verwaltungsrat des Nationalfonds kann den Beschützenden Werkstätten, deren Betrieb aufgrund besonderer Umstände defizitär ist, eine Zuschußergänzung gewähren, die zu dem in § 1 erwähnten Grundbetrag hinzukommt.

Der Verwaltungsrat stellt die besonderen Umstände fest und bestimmt die Höhe der Zuschußergänzung. »

§ 2. Artikel 2, § 3, desselben Erlasses wird durch einen Absatz 6 mit folgendem Wortlaut ergänzt :

« Der Verwaltungsrat legt ebenfalls den Zeitraum fest, während dessen diese Zuschußergänzung gewährt wird. »

KAPITEL IV. — Schlußbestimmungen

Art. 22. Vorliegender Erlaß tritt am 1. Januar 1990 in Kraft mit Ausnahme des Artikels 21, der am 1. April 1990 in Kraft treten wird.

Als Übergangsmaßnahme jedoch :

1. was die Anwendung der Artikel 1*bis* 5 betrifft, behalten die Verträge über berufliche Ausbildung oder Rehabilitation, die vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses abgeschlossen worden sind und im Prozeß der Rehabilitation und sozialen Wiedereingliederung aufgenommen sind, ihre Gültigkeit für die Dauer, für die sie abgeschlossen worden sind;

2. werden in Abweichung von den Bestimmungen der Artikel 9 und 10 des vorliegenden Erlasses die Anträge auf Gewährung einer Beteiligung an den Ausgaben für Fahrten mit einem individuellen oder individualisierten Fahrzeug, die von Behinderten, die nicht in den Genuß der Bestimmungen der besagten Artikel 9 und 10 kommen können, eingereicht werden, und die durch ein ausführliches ärztliches Attest gestützt werden, in dem bestätigt wird, daß der betreffende Behinderte selbst in Begleitung einer Drittperson aus gesundheitlichen Gründen nicht imstande ist, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, während eines Zeitraums von einem Jahr ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses dem Verwaltungsrat des Nationalfonds vorgelegt, der nach vorhergehendem Gutachten des medizinischen Fachausschusses des Nationalfonds über die Gewährung dieser Beteiligung befinden wird;

3. werden die Bestimmungen der Artikel 12 und 14*bis*, 20 des vorliegenden Erlasses auf Bezuchungsanträge angewandt, die vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses eingereicht worden sind, für die aber zum besagten Zeitpunkt noch kein endgültiger Beschluß über die Gewährung von Zuschüssen gefaßt worden ist.

Art. 23. Der für Behindertenpolitik zuständige Gemeinschaftsminister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 18. Oktober 1990.

Für die Exekutive der Deutschsprachiger Gemeinschaft :

Der Vorsitzende der Exekutive,

J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,

M. GROSCH

COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 91 — 439

18 OCTOBRE 1990. — Arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone portant des dispositions diverses en matière de reclassement social des handicapés

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 4, § 2, modifié par les lois des 4 juillet et 18 juillet 1990;

Vu l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 3 décembre 1986 relatif au transfert des pouvoirs de décisions aux Ministres communautaires, notamment l'article 1er, § 1er;

Vu l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 30 août 1989 fixant la répartition des compétences entre les Ministres communautaires, notamment l'article 6, § 1er, 4°;

Vu la loi du 15 avril 1983 relative au reclassement social des handicapés;

Vu l'arrêté royal du 5 juillet 1983 concernant le reclassement social des handicapés;

Vu l'arrêté ministériel du 9 avril 1984 fixant les conditions dans lesquelles les charges résultant du déplacement et du séjour des handicapés au lieu fixé pour leur formation, réadaptation ou rééducation professionnelle sont supportées par le Fonds national de reclassement social des handicapés, notamment l'article 4, § 1er, modifié par arrêté ministériel du 17 janvier 1988;

Vu l'arrêté ministériel du 19 février 1985 fixant les limites et conditions dans lesquelles une éducation scolaire visée à l'article 56, § 1er de l'arrêté royal du 5 juillet 1983 concernant le reclassement social des handicapés peut être assimilée à une formation professionnelle visée au § 2, du même article, notamment l'article 1er;

Vu l'article ministériel du 14 mai 1985 fixant les critères d'octroi des subsides à la création, l'agrandissement ou l'aménagement des centres ou services de réadaptation fonctionnelle, notamment les articles 11 et 13;

Vu l'arrêté ministériel du 22 septembre 1986 fixant les critères d'octroi des subsides à la création, l'agrandissement, l'aménagement et l'entretien des centres de formation ou de réadaptation professionnelle pour handicapés, notamment les articles 11 et 13;

Vu l'arrêté ministériel du 30 janvier 1987 fixant les critères d'octroi des subsides à la création, l'agrandissement, l'aménagement et l'entretien des centres ou services d'orientation professionnelle spécialisée, notamment les articles 11 et 13;

Vu l'arrêté ministériel du 27 décembre 1987 fixant les critères d'octroi des interventions d'aide sociale en matière de reclassement social des handicapés, notamment les articles 6, § 1er, modifié par arrêté ministériel du 24 juillet 1988, 11bis, inséré par arrêté ministériel du 2 juillet 1975, 16 et 19;

Vu l'arrêté ministériel du 23 mai 1989 fixant les limites et conditions dans lesquelles les charges résultant du déplacement et du séjour des handicapés au lieu fixé pour leur éducation scolaire peuvent être supportées par le Fonds national de reclassement social des handicapés, notamment l'article 4, § 1er;

Vu l'arrêté ministériel du 23 mars 1970 fixant les conditions d'octroi par le Fonds national de reclassement social des handicapés, d'une intervention dans la rémunération et les charges sociales supportées par les ateliers protégés, notamment les articles 4 à 6, modifiés par arrêtés ministériels du 26 juillet 1977 et du 1er juin 1981;

Vu l'arrêté ministériel du 17 janvier 1978 fixant les critères d'octroi des subsides à l'entretien des ateliers protégés, notamment l'article 2, § 3, modifié par arrêté ministériel du 4 août 1981;

Vu l'arrêté ministériel du 5 septembre 1978 fixant les critères d'octroi des subsides à la création, l'agrandissement ou l'aménagement des ateliers protégés, notamment les articles 2, 3, § 2; 5, §§ 6 et 9; 11 à 13 et 15, §§ 6 et 7;

Vu l'avis du Conseil de gestion du Fonds national de reclassement social des handicapés;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1er, modifié par la loi ordinaire du 9 août 1980 de réformes institutionnelles;

Vu l'urgence;

Considérant qu'il est impératif que les présents dispositions entrent en vigueur le 1er janvier 1990, afin de sauvegarder l'équilibre financier du Fonds national de reclassement social des handicapés;

Sur la proposition du Ministre communautaire des Affaires sociales, et après délibération de l'Exécutif en date du 17 octobre 1990,

Arrête :

CHAPITRE Ier. — Dispositions relatives aux prestations en faveur des personnes handicapées

Section 1^{re}. — Dispositions relatives à la formation, réadaptation ou rééducation professionnelle

Article 1er. L'article 56, § 2, de l'arrêté royal du 5 juillet 1983 concernant le reclassement social des handicapés est remplacé par la disposition suivante :

« § 2. En ce qui concerne la formation, la réadaptation ou rééducation professionnelle par :

1° une éducation scolaire visée au § 1er requise en vue du placement et assimilée dans des cas particuliers à une formation, une réadaptation ou une rééducation professionnelle.

Cette assimilation est décidée par le Conseil de gestion du Fonds national dans les limites et conditions fixées par le Ministre communautaire ayant la politique des handicapés dans ses attributions;

2° un contrat d'apprentissage dans l'industrie, l'artisanat et les professions indépendantes, dans la marine marchande et la pêche maritime conclu et exécuté dans les conditions prévues par les lois et règlements en la matière,

3° un contrat de formation ou de réadaptation professionnelle avec un centre de formation professionnelle créé par l'Office communautaire et régional de la formation professionnelle et de l'emploi ou agréé par l'Exécutif conclu dans les conditions fixées par l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle, modifié par arrêtés de l'Exécutif des 17 décembre 1986 et 5 octobre 1989;

4° un contrat de formation ou de réadaptation professionnelle conclu avec un centre de formation ou de réadaptation professionnelle pour handicapés visé à l'article 4^{er}, et dans les formes et conditions fixées aux articles 57 à 61. »

Art. 2. Dans l'article 2, du même arrêté, le 3^o et le 4^o sont remplacés par la disposition suivante :

« 3^o avec la personne désignée à l'article 14 de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 12 juin 1985 précité lorsqu'il s'agit d'un centre de formation professionnelle visé à l'article 56, § 2, 3^o ».

Art. 3. L'article 75, alinéa 1er, du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Les handicapés qui, en exécution du processus déterminé conformément à l'article 34, sont soumis à une formation, réadaptation ou rééducation professionnelle visée à l'article 56, § 2, 1^o, 3^o et 5^o, ont droit, dans les conditions fixées par le Ministre communautaire ayant la politique des handicapés dans ses attributions, à des allocations et compléments de rémunération destinés à leur assurer une rémunération d'un montant équivalent à celui des indemnités et avantages accordés aux cursistes qui suivent des cours de formation professionnelle dans un centre visé au chapitre II de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 12 juin 1985 précité. »

Art. 4. Dans l'article 1er de l'arrêté ministériel du 19 février 1985 fixant les limites et conditions dans lesquelles une éducation scolaire visée à l'article 56, § 1er de l'arrêté royal du 5 juillet 1963 concernant le reclassement social des handicapés peut être assimilée à une formation, réadaptation ou rééducation professionnelle visée au § 2 du même article, le 2^o est remplacé par la disposition suivante :

« 2^o pour des raisons pécuniaires, se trouver dans l'impossibilité, sans l'intervention du Fonds national, de reprendre ou de poursuivre ses études. »

Section 2. — Disposition relative au paiement des prestations

Art. 5. A l'article 74 de l'arrêté royal du 5 juillet 1963 précité, dont le texte actuel formera le § 1er, il est ajouté un § 2, rédigé comme suit :

« § 2. Le montant de l'intervention du Fonds national dans le coût des prestations indemnissables non prévues à la décision fixant le processus visé à l'article 34, ne peut être payé qu'à condition que les documents justificatifs de la dépense soient introduits auprès du Fonds national au plus tard avant l'expiration d'un délai d'un an qui suit l'exécution de la prestation, l'achat de l'objet ou le début de travaux, lesdits justificatifs faisant foi. »

Section 3. — Dispositions relatives à l'aide sociale

Art. 6. A l'article 16 de l'arrêté ministériel du 27 décembre 1987 fixant les critères d'octroi des interventions d'aide sociale en matière de reclassement social des handicapés, dont le texte actuel formera le § 1er, il est ajouté un § 2, rédigé comme suit :

« § 2. En dérogation aux dispositions du § 1er, l'intervention est limitée à un maximum de 10 000 francs par année scolaire pour la personne handicapée qui suit un enseignement post-secondaire non universitaire ou à 25 000 francs, par année académique, pour la personne handicapée qui suit un enseignement supérieur universitaire, assimilés à une formation professionnelle en vertu des dispositions de l'article 56, § 2, 1^o de l'arrêté royal du 5 juillet 1963 précité.

Les frais supplémentaires dus en raison directe au handicap et constituant, de ce fait, des dépenses supplémentaires à celles qu'une personne valide encourt dans des circonstances identiques, ne sont pas pris en compte pour le calcul de ces montants maximums.

Les montants visés à l'alinéa 1er peuvent être revus par le Conseil de gestion du Fonds national compte tenu, notamment, de l'évolution du coût moyen du minerval et du droit d'inscription pour les études de l'enseignement supérieur. »

Art. 7. L'article 19 du même arrêté est complété par l'alinéa suivant :

« Aucune intervention dans le coût de l'aménagement immobilier ne sera octroyée à la personne handicapée qui introduit sa demande d'enregistrement, conformément à l'article 4 de l'arrêté royal du 5 juillet 1963 précité, après avoir atteint l'âge de 65 ans. »

Section 4. — Dispositions relatives à l'intervention dans les frais de déplacement

Art. 8. La disposition qui figure :

1^o à l'article 4, § 1er, de l'arrêté ministériel du 9 avril 1964 fixant les conditions dans lesquelles les charges résultant du déplacement et du séjour des handicapés au lieu fixé pour leur formation, réadaptation ou rééducation professionnelle sont supportées par le Fonds national de reclassement social des handicapés, modifié par arrêté ministériel du 17 janvier 1978;

2^o à l'article 4, § 1er, de l'arrêté ministériel du 23 mai 1969 fixant les limites et conditions dans lesquelles les charges résultant du déplacement et du séjour des handicapés au lieu fixé pour leur éducation scolaire peuvent être supportées par le Fonds national de reclassement social des handicapés, est remplacée par la dispositions suivante :

« § 1er. Les déplacements de la personne handicapée par un moyen de transport individuel ou individualisé ne peuvent donner lieu à une intervention qu'à condition :

1^o que la personne handicapée se déplace en voiturette;

2^o ou qu'elle se déplace sans être accompagnée d'une tierce personne et qu'il ressort d'un rapport médical circonstancié que, par suite de troubles cardio-respiratoires ou locomoteurs, les déplacements à pied de 300 mètres ou moins sont impossibles. »

Art. 9. L'article 6, § 1^{er}, alinéa unique, de l'arrêté ministériel du 27 décembre 1987 fixant les critères d'octroi des interventions d'aide sociale en matière de reclassement social des handicapés, modifié par l'arrêté ministériel du 24 juillet 1978, est complété comme suit :

« En dérogation aux dispositions de l'alinéa précèdent, les frais visés à l'article 1, 1^o et 2^o de l'arrêté précité qui ne sont pas encourus dans le cadre de la réhabilitation fonctionnelle ne peuvent toutefois donner lieu à une intervention que lorsque lesdits frais concernent les déplacements des personnes handicapées au moyen d'un véhicule individualisé, et ce à la condition que :

1^o la personne handicapée se déplace en voiturette;

2^o ou qu'elle se déplace sans être accompagnée d'une tierce personne et qu'il ressort d'un rapport médical circonstancié que, par suite de troubles cardio-respiratoires ou locomoteurs, les déplacements à pied de 300 mètres ou moins sont impossibles. »

Art. 10. L'article 11 bis, § 1er, de l'arrêté ministériel du 27 décembre 1967 précité, inséré par arrêté ministériel du 2 juillet 1975, est remplacé par la disposition suivante :

« § 1er. La personne handicapée peut obtenir une intervention dans les frais de déplacement exposés pour se rendre du lieu de sa résidence au lieu de son travail, et inversement, à raison d'un aller et retour, à condition :

1° soit que le Fonds national ait reconnu qu'en raison de la nature ou de la gravité du handicap, elle se trouve dans l'impossibilité d'utiliser un moyen de transport en commun sans être accompagnée d'une tierce personne;

2° soit que l'utilisation d'un moyen de transport individuel est requise du fait qu'elle se déplace en voiturette ou du fait qu'elle se déplace sans être accompagnée d'une tierce personne et qu'il ressort d'un rapport médical circonstancié que, par suite de troubles cardio-respiratoires ou locomoteurs, les déplacements supplémentaires à pied de plus de 300 mètres sont impossibles. »

CHAPITRE II. — Dispositions relatives à l'octroi de subsides à la création, l'agrandissement ou l'aménagement d'institutions agréées par le Fonds national

Art. 11. La disposition qui figure :

1° à l'article 11, second alinéa, 2°, de l'arrêté ministériel du 14 mai 1965 fixant les critères d'octroi des subsides à la création, l'agrandissement ou l'aménagement de centres ou services de réadaptation fonctionnelle;

2° à l'article 11, second alinéa, 2°, de l'arrêté ministériel du 22 septembre 1966 fixant les critères d'octroi des subsides à la création, l'agrandissement, l'aménagement et l'entretien des centres de formation ou de réadaptation professionnelle pour handicapés;

3° à l'article 11, second alinéa, 2°, de l'arrêté ministériel du 30 janvier 1967 fixant les critères d'octroi des subsides à la création, l'agrandissement, l'aménagement et l'entretien des centres ou services d'orientation professionnelle spécialisée;

4° à l'article 11, second alinéa, 2°, de l'arrêté ministériel du 5 septembre 1978 fixant les critères d'octroi des subsides à la création, l'agrandissement ou l'aménagement d'ateliers protégés, est complétée comme suit :

« Ce délai ne peut dépasser les six mois; en cas de force majeure, invoquée par le demandeur avant l'expiration de ce délai, celui-ci peut être prorogé de six mois au maximum lorsque la demande vise l'octroi d'un subside pour la construction de bâtiments ainsi que l'achat d'équipement y afférent. Lorsque le demandeur est une personne morale de droit public soumise à des obligations de tutelle, la prorogation peut être accordée pour deux délais de six mois. »

Art. 12. La disposition qui figure à l'article 13 de ces mêmes arrêtés est remplacée par la disposition suivante :

« Art. 13. Dans la décision définitive d'octroi, le Fonds national indique le montant du subside attribué, qui ne peut dépasser le montant prévu dans la décision de principe visée à l'article 11.

En outre, cette décision définitive spécifie :

1° les éléments sur base desquels, conformément aux dispositions du présent arrêté, le montant du subside est calculé;

2° les modifications que le Fonds national estime éventuellement devoir faire apporter au plan des achats, travaux et locations et à l'adoption desquelles il subordonne la liquidation du subside;

3° le montant et le rang de l'inscription hypothécaire ou des autres sûretés que le Fonds national exige éventuellement en garantie des engagements pris par le demandeur.

La décision définitive est annulée d'office et de plein droit au cas où les travaux ne seraient pas entamés ou les achats effectués avant la fin du trimestre qui suit le trimestre indiqué par le demandeur, dans le plan approuvé, des achats, travaux et locations, comme celui au cours duquel les travaux seront entamés ou les achats effectués.

En cas de force majeure, invoquée par le demandeur avant l'expiration du délai visé à l'alinéa précédent, le Conseil de gestion du Fonds national peut proroger ce délai de six mois au maximum lorsque la demande vise l'octroi de subsides pour la construction ou la transformation de bâtiments ainsi que pour l'achat d'équipement y afférent, ou de trois mois au maximum lorsque la demande vise l'octroi de subsides pour l'achat de terrains ou de bâtiments ainsi que pour l'achat d'équipement qui n'est pas afférent à la construction ou la transformation de bâtiments. »

Art. 13. Un article 15 bis, rédigé comme suit, est inséré dans ces mêmes arrêtés :

« Art. 15 bis. La liquidation des subsides octroyés doit, à peine de forclusion, être demandée, avec les documents justificatifs visés à l'article 15 à l'appui, dans un délai de six mois à compter de la date de notification de la décision définitive lorsque les travaux ou achats sont déjà réalisés au moment de la prise de cette décision, ou à compter de la date de réalisation des travaux ou achats encore à réaliser au moment de la prise de la décision définitive. »

CHAPITRE III. — Dispositions relatives à l'emploi protégé

Section 1^{re}. — Dispositions relatives à l'octroi de subsides à la création, l'agrandissement ou l'aménagement d'ateliers protégés

Art. 14. Dans l'article 2, § 1er, second alinéa, 2°, et § 2, second alinéa, 2°, de l'arrêté ministériel du 5 septembre 1978 fixant les critères d'octroi des subsides à la création, l'agrandissement ou l'aménagement des ateliers protégés, les mots « ainsi que le coût d'achat ou de location de vêtements de travail » sont supprimés.

Art. 15. L'article 3, § 2, du même arrêté, modifié par arrêté ministériel du 7 septembre 1983, est abrogé.

Art. 16. Dans l'article 5, § 8, du même arrêté, les mots « le coût d'achat des machines, du mobilier et des vêtements de travail » sont remplacés par les mots « le coût d'achat des machines et du mobilier ».

Art. 17. L'article 5, § 9, du même arrêté est abrogé.

Art. 18. Dans l'article 12, premier alinéa, 1°, b, second alinéa, et 4°, du même arrêté les mots « des machines, du mobilier et des vêtements de travail » sont remplacés par les mots « des machines et du mobilier ».

Art. 19. L'article 15, § 6, du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Le subside relatif à l'achat de machines et de mobilier est liquidé après production, par le demandeur, d'une copie de la facture et d'une déclaration attestant que les machines et le mobilier lui ont été livrés en parfait état. »

Art. 20. L'article 15, § 7, du même arrêté est abrogé.

Section 2. — Disposition relative à l'octroi de subsides à l'entretien des ateliers protégés

Art. 21. § 1er. L'article 2, § 3, alinéa 1er de l'arrêté ministériel du 17 janvier 1978 fixant les critères d'octroi des subsides à l'entretien des ateliers protégés, modifié par arrêté ministériel du 4 août 1981, est remplacé par la disposition suivante :

« § 3. Le Conseil de gestion du Fonds national peut accorder aux ateliers protégés dont l'exploitation est déficitaire en raison de circonstances extraordinaires un complément de subsides temporaire s'ajoutant au montant de base visé au § 1er. Le Conseil de gestion constate les circonstances extraordinaires et fixe le montant du complément de subsides.

§ 2. Le § 3 de l'article 2 du même arrêté est complété par un 6e alinéa dont la teneur suit : « Le Conseil de gestion fixe également la durée d'octroi de ce complément de subsides. »

CHAPITRE IV. — Dispositions finales

Art. 22. Le présent arrêté entre en vigueur le 1er janvier 1990 à l'exception de l'article 21, qui entrera en vigueur le 1er avril 1990.

Néanmoins, à titre transitoire :

1° en ce qui concerne l'application des articles 1er à 5, les contrats de formation ou de réadaptation professionnelle conclus avant la date d'entrée en vigueur du présent arrêté et repris au processus de réadaptation et de reclassement social continuent à sortir leurs effets pour la durée pour laquelle ils ont été conclus;

2° en dérogation aux dispositions des articles 9 et 10 du présent arrêté, les demandes d'octroi d'une intervention dans les frais de déplacement par un moyen de transport individuel ou individualisé introduites par les personnes handicapées qui ne peuvent bénéficier des dispositions desdits articles 9 et 10, et qui sont étayées par un certificat médical circonstancié attestant l'impossibilité, pour des raisons médicales, de se déplacer par un moyen de transport en commun, même lorsque la personne handicapée est accompagnée d'une tierce personne, seront soumises, pour une période d'un an à partir de la date d'entrée en vigueur du présent arrêté, au Conseil de gestion du Fonds national qui statuera sur l'octroi de cette intervention sur avis préalable du Comité technique médical du Fonds national;

3° les dispositions des articles 12 et 14 à 20 du présent arrêté s'appliquent aux demandes de subsides introduites avant la date d'entrée en vigueur du présent arrêté, et pour lesquelles une décision définitive d'octroi de subsides n'a pas encore été prise à cette même date.

Art. 23. Le Ministre communautaire ayant la politique des handicapés dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 18 octobre 1990.

Pour l'Exécutif de la Communauté germanophone :

Le Président de l'Exécutif,

J. MARAITE

Le Ministre communautaire de la Jeunesse, du Sport,
de la Formation des Adultes et des Affaires sociales,

M. GROSCH

DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 91 — 439

18 OKTOBER 1990. — Besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap houdende verscheidene bepalingen inzake sociale reclassering van de gehandicapten

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli en 18 juli 1990, inzonderheid op artikel 4, § 2;

Gelet op het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 3 december 1986 houdende overdracht van beslissingsbevoegdheden aan de Gemeenschapsministers, inzonderheid op artikel 1, § 1;

Gelet op het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 30 augustus 1989 houdende verdeling van de bevoegdheden onder de Gemeenschapsministers, inzonderheid op artikel 5, § 1, 4°;

Gelet op de wet van 16 april 1983 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen;

Gelet op het koninklijk besluit van 5 juli 1983 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen;

Gelet op het ministerieel besluit van 9 april 1984 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder de lasten die voor de minder-validen voortvloeien uit de verplaatsing naar en het verblijf op de plaats die aangewezen werd voor hun beroepsopleiding, omscholing of herscholing, worden gedragen door het Rijksfonds voor sociale reclassering van minder-validen, inzonderheid op artikel 4, § 1, gewijzigd bij ministerieel besluit van 17 januari 1978;

Gelet op het ministerieel besluit van 19 februari 1985 houdende vaststelling van de perken binnen en de voorwaarden onder de welke een schoolopleiding bedoeld bij artikel 56, § 1 van het koninklijk besluit van 5 juli 1983 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen kan worden gelijkgesteld met een beroepsopleiding, omscholing of herscholing bedoeld bij § 2 van hetzelfde artikel, inzonderheid op artikel 1;

Gelet op het ministerieel besluit van 14 mei 1985 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der toelagen voor de oprichting, de vergroting of de inrichting van centra of diensten voor revalidatie, inzonderheid op de artikelen 11 en 13;

Gelet op het ministerieel besluit van 22 september 1986 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der toelagen voor de oprichting, de vergroting, de inrichting en het onderhoud van de centra voor beroepsopleiding of omscholing van minder-validen, inzonderheid op de artikelen 11 en 13;

Gelet op het ministerieel besluit van 30 januari 1987 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der toelagen voor de oprichting, de vergroting, de inrichting en het onderhoud van de centra of diensten voor gespecialiseerde voorlichting bij beroepskeuze, inzonderheid op de artikelen 11 en 13;

Gelet op het ministerieel besluit van 27 december 1967 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der tegemoetkoming inzake sociale hulp op het gebied van de sociale reclassering van de minder-validen, inzonderheid op de artikelen 6, § 1, gewijzigd bij ministerieel besluit van 24 juli 1988, 11 bis, ingevoegd door ministerieel besluit van 2 juli 1975, 16 en 19;

Gelet op het ministerieel besluit van 23 mei 1969 tot vaststelling van de perken binnen en de voorwaarden onder welke de lasten die voor de minder-validen voortvloeiën uit de verplaatsing naar en het verblijf op de plaats aangewezen voor hun schoolopleiding, door het Rijksfonds voor sociale reclassering van de minder-validen gedragen kunnen worden, inzonderheid op artikel 4, § 1;

Gelet op het ministerieel besluit van 23 maart 1970 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder het Rijksfonds voor sociale reclassering van de minder-validen een tegemoetkoming verleent in het loon en de sociale lasten, die door de beschermde werkplaatsen worden gedragen, inzonderheid op de artikelen 4 tot 6, gewijzigd bij de ministeriële besluiten van 26 juli 1977 en 1 juni 1981;

Gelet op het ministerieel besluit van 17 januari 1978 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der toelagen voor onderhoud van de beschutte werkplaatsen, inzonderheid op artikel 2, § 3, gewijzigd bij ministerieel besluit van 4 augustus 1981;

Gelet op het ministerieel besluit van 5 september 1978 houdende vaststelling van de criteria voor toekenning van de toelagen voor de oprichting, de vergroting of de inrichting van beschutte werkplaatsen, inzonderheid op artikelen 2, 3, § 2, 5, §§ 8 en 9, 11 tot 13 en 15, §§ 6 en 7;

Gelet op het advies van de raad van beheer van het Rijksfonds voor sociale reclassering van minder-validen;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de gewone wet van 9 augustus 1980 tot hervorming der instellingen;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het onontbeerlijk is dat onderhevige bepalingen op 1 januari 1990 in werking treden om het finaal evenwicht van het Rijksfonds voor sociale reclassering van de minder-validen te waarborgen;

Op voordracht van de Gemeenschapsminister van Sociale Aangelegenheden en na beraadslaging van de Executieve op 17 oktober 1990;

Besluit :

HOOFDSTUK I. — Bepalingen over de prestaties ten gunste van de gehandicapten

Afdeling 1. — Bepalingen over de beroepsopleiding, omscholing of herscholing

Artikel 1. Artikel 56, § 2, van het koninklijk besluit van 5 juli 1983 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen wordt door volgende bepaling vervangen :

§ 2. Wat de beroepsopleiding, omscholing of herscholing betreft, door :

1° een bij § 1 bedoelde schoolopleiding, vereist met het oog op de plaatsingen en, in bijzondere gevallen, gelijkgesteld met een beroepsopleiding, omscholing of herscholing.

De raad van beheer van het Rijksfonds beslist over deze gelijkstelling binnen de perken en onder de voorwaarden vastgesteld door de Gemeenschapsminister tot wiens bevoegdheden het gehandicaptenbeleid behoort;

2° een leervereenkomst in de nijverheid, in de ambachten en onafhankelijke beroepen, in de koopvaardij en de zeevisserij, gesloten en uitgevoerd onder de terzake geldende wettelijke en reglementaire voorwaarden;

3° een overeenkomst voor beroepsopleiding of omscholing met een centrum voor beroepsopleiding, opgericht door de gemeenschappelijke en gewestelijke dienst voor beroepsopleiding en arbeidsvoorziening of erkend door de Executieve, gesloten onder de voorwaarden vastgesteld door het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 12 juni 1985 betreffende de toekenning van sommige voordelen aan de personen die een beroepsopleiding ontvangen, gewijzigd bij de besluiten van de Executieve van 17 december 1986 en 5 oktober 1989;

4° een overeenkomst voor beroepsopleiding of omscholing met een centrum voor beroepsopleiding of omscholing van mindervaliden, bedoeld bij artikel 44, gesloten in de vormen en onder de voorwaarden bepaald bij de artikelen 57 tot 61. »

Art. 2. In artikel 57, lid 2, van hetzelfde besluit worden de punten 3° en 4° door volgende bepaling vervangen :

« 3° de persoon aangewezen in artikel 14 van het bovenvermeld besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 12 juni 1985 wanneer het gaat om een centrum voor beroepsopleiding bedoeld in artikel 56, § 2, 3°. »

Art. 3. Artikel 75, lid 1, van hetzelfde besluit wordt door volgende bepaling vervangen :

« De gehandicapten die, ter uitvoering van het overeenkomstig artikel 34 vastgestelde proces, onderworpen worden aan een beroepsopleiding, omscholing of herscholing bedoeld bij artikel 56, § 2, 1°, 3° en 5°, hebben recht, onder de voorwaarden bepaald door de Gemeenschapsminister tot wiens bevoegdheid het gehandicaptenbeleid behoort op uitkeringen en aanvullend loon, ten einde hun een loon te verschaffen waarvan het bedrag overeenstemt met dat van de vergoedingen en voordelen verleend aan de werknemers die cursussen volgen in een centrum bedoeld in hoofdstuk II van het bovenvermeld besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 12 juni 1985. »

Art. 4. In artikel 1 van het ministerieel besluit van 19 februari 1985 houdende vaststelling van de perken binnen en de voorwaarden onder de welke een schoolopleiding bedoeld bij artikel 56, § 1 van het koninklijk besluit van 5 juli 1983 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen kan worden gelijkgesteld met een beroepsopleiding, omscholing of herscholing bedoeld bij § 2 van hetzelfde artikel, wordt punt 2° door volgende bepaling vervangen :

« 2° wegens financiële redenen, in de onmogelijkheid verkeren om, zonder de tegemoetkoming van het Rijksfonds, zijn studies te hernemen of voor te zetten. »

Afdeling 2. — Bepalingen over de uitbetaling van de prestaties

Art. 5. In artikel 74 van het bovenvermeld koninklijk besluit van 5 juli 1983, waarvan de huidige tekst § 1 zal vormen, wordt een § 2 toegevoegd die luidt als volgt :

« § 2. Het bedrag van de tegemoetkoming van het Rijksfonds in de kosten van de vergoedbare prestaties die in de beslissing houdende vaststelling van het proces bedoeld in artikel 34 niet waren voorzien, mag slechts uitbetaald worden onder de voorwaarde dat de stukken ter verantwoording van de uitgave bij het Rijksfonds ingediend worden vóór het verstrijken van een periode van één jaar na de uitvoering van de prestatie, de aankoop van het voorwerp of het begin van de werken, waarbij de verantwoordingsstukken bewijskracht hebben. »

Afdeling 3. — Bepalingen over de sociale hulp

Art. 6. In artikel 16 van het ministerieel besluit van 27 december 1967 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der tegemoetkomingen inzake sociale hulp op het gebied van de sociale reclassering van de minder-validen, waarvan de huidige tekst § 1 zal vormen, wordt een § 2 toegevoegd die luidt als volgt :

« § 2. In afwijking van de bepalingen van § 1 wordt de tegemoetkoming beperkt tot een maximum van 10 000 frank per schooljaar voor de gehandicapte die een niet-universitair post-secundair onderwijs volgt of tot 25 000 frank per academisch jaar voor de gehandicapte die een universitair hoger onderwijs volgt, wanneer deze onderwijsvormen met een beroepsopleiding gelijkgesteld worden krachtens de bepalingen van artikel 56, § 2, 1^o, van het bovenvermeld koninklijk besluit van 5 juli 1963.

Bijkomende kosten die rechtstreeks voortvloeien uit het handicap en hierdoor bijkomende uitgaven vormen ten opzichte van degene die een valide persoon in identieke omstandigheden moet doen, worden niet in aanmerking genomen voor de berekening van deze maximale bedragen.

De bedragen bedoeld in het eerste lid mogen door de raad van beheer van de Rijksdienst worden herzien, inzonderheid op grond van de evolutie van de gemiddelde kosten van het schoolgeld en van het inschrijvingsgeld voor studies in het hoger onderwijs.

Art. 7. Artikel 19 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met volgend lid :

« Er wordt geen tegemoetkoming verleend in de kosten voor onroerende inrichting indien de gehandicapte zijn inschrijvingsaanvraag overeenkomstig artikel 4 van het bovenvermeld koninklijk besluit van 5 juli 1963 indient nadat hij de leeftijd van 65 jaar heeft bereikt. »

Afdeling 4. — Bepalingen over de tegemoetkoming in de reiskosten

Art. 8. De bepaling die voorkomt :

1^o in artikel 4, § 1, van het ministerieel besluit van 9 april 1964 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder de lasten die voor de minder-validen voortvloeien uit de verplaatsing naar en het verblijf op de plaats die aangewezen werd voor hun beroepsopleiding, omscholing of herscholing, worden gedragen door het Rijksfonds voor sociale reclassering van minder-validen, gewijzigd bij ministerieel besluit van 17 januari 1978;

2^o in artikel 4, § 1, van het ministerieel besluit van 23 mei 1969 tot vaststelling van de perken binnen en de voorwaarden onder welke de lasten die voor de minder-validen voortvloeien uit de verplaatsing naar en het verblijf op de plaats aangewezen voor hun schoolopleiding, door het Rijksfonds voor sociale reclassering van de minder-validen gedragen kunnen worden, wordt vervangen door volgende bepaling :

« § 1. De verplaatsingen van de gehandicapte door middel van een persoonlijk of geïndividualiseerd vervoermiddel mogen slechts tot een tegemoetkoming aanleiding geven onder voorwaarde dat :

1^o de gehandicapte zich in een rolstoel verplaatst of;

2^o hij zich zonder begeleiding van een derde persoon verplaatst en uit een omstandig medisch attest blijkt dat verplaatsingen van 300 meter of minder te voet onmogelijk zijn wegens hart- en ademhalingsmoeilijkheden of bewegingsstoornissen. »

Art. 9. Artikel 6, § 1, enig lid, van het ministerieel besluit van 27 december 1967 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der tegemoetkomingen inzake sociale hulp op het gebied van de sociale reclassering van de minder-validen, gewijzigd bij ministerieel besluit van 24 juli 1988, wordt aangevuld als volgt :

« In afwijking van de bepalingen van vorig lid mogen echter de kosten bedoeld in artikel 1, 1^o en 2^o van het bovenvermeld besluit, die niet in het kader van de revalidatie zijn ontstaan, slechts tot een tegemoetkoming aanleiding geven wanneer deze kosten de verplaatsingen van de gehandicapten door middel van een persoonlijk of geïndividualiseerd vervoermiddel betreffen en dit op voorwaarde dat :

1^o de gehandicapte zich in een rolstoel verplaatst of;

2^o hij zich zonder begeleiding van een derde persoon verplaatst en uit een omstandig medisch attest blijkt dat verplaatsingen van 300 meter of minder te voet onmogelijk zijn wegens hart- en ademhalingsmoeilijkheden of bewegingsstoornissen. »

Art. 10. Artikel 11 bis, § 1, van bovenvermeld ministerieel besluit van 27 december 1967, ingevoegd bij ministerieel besluit van 2 juli 1975 wordt door volgende bepaling vervangen :

« § 1. De gehandicapte kan een tegemoetkoming bekomen in de reiskosten gemaakt om zich van zijn verblijfplaats naar de plaats van zijn werk, en omgekeerd, te begeven, naar rata van één reis heen en terug, op voorwaarde dat :

1^o ofwel het Rijksfonds erkend heeft dat hij wegens de aard of de ernst van zijn handicap zonder begeleiding van een derde persoon onmogelijk gebruik kan maken van een gemeenschappelijk vervoermiddel;

2^o ofwel het gebruik van een persoonlijk vervoermiddel noozakelijk is omdat hij zich in een rolstoel of zonder begeleiding van een derde persoon verplaatst en uit een omstandig medisch attest blijkt dat extra verplaatsingen van meer dan 300 meter te voet onmogelijk zijn wegens hart- en ademhalingsmoeilijkheden of bewegingsstoornissen. »

HOOFDSTUK II. — Bepalingen over de toekenning van toelagen voor de oprichting, de vergroting of de inrichting van instellingen die door het Rijksfonds erkend zijn

Art. 11. De bepaling die voorkomt :

1^o in artikel 11, lid 2, 2^o van het ministerieel besluit van 14 mei 1965 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der toelagen voor de oprichting, de vergroting of de inrichting van centra of diensten voor revalidatie;

2^o in artikel 11, lid 2, 2^o van het ministerieel besluit van 22 september 1966 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der toelagen voor de oprichting, de vergroting, de oprichting en het onderhoud van de centra voor beroepsopleiding of omscholing van minder-validen;

3^o in artikel 11, lid 2, 2^o van het ministerieel besluit van 30 januari 1967 houdende vaststelling van de criteria van de toekenning der toelagen voor de oprichting, de vergroting, de inrichting en onderhoud van de centra of diensten voor gespecialiseerde voorlichting bij beroepskeuze;

4° in artikel 11, lid 2, 2°, van het ministerieel besluit van 5 september 1978 houdende vaststelling van de criteria voor toekenning van de toelagen voor de oprichting, de vergroting of de inrichting van beschutte werkplaatsen, wordt aangevuld als volgt :

« Deze termijn mag zes maanden niet overschrijden : indien de aanvrager zich vóór het verstrijken van deze termijn op een overmacht beroept, mag de termijn met ten hoogste zes maanden verlengd worden, wanneer de aanvraag de toekenning van een toelage voor de oprichting van gebouwen en de aankoop van de ervoor bestemde uitrusting betreft. Wanneer de aanvrager een publiekrechtelijke rechtspersoon is, onderworpen aan toezichtverplichtingen, kan de verlenging verleend worden voor twee termijnen van zes maanden.

Art. 12. De bepaling die in artikel 13 van dezelfde besluiten voorkomt wordt vervangen door volgende bepaling :

« Artikel 13, In de definitieve beslissing tot toekenning vermeldt het Rijksfonds het bedrag van de toegekende toelage, dat het bedrag vermeld in de principiële beslissing bedoeld in artikel 11 niet mag overschrijden.

Bovendien specificeert deze definitieve beslissing :

1° de elementen die, overeenkomstig de bepalingen van dit besluit, als basis dienen voor de berekening van het bedrag van de toelage;

2° de wijzigingen die het Rijksfonds eventueel denkt te moeten doen aanbrengen in het plan der aankopen, werken en huren en van de aanvaarding waarvan het de vereffening van de toelage afhankelijk stelt;

3° het bedrag en de rangorde van de hypothecaire inschrijving of van de andere zekerheden die het Rijksfonds eventueel ter waarborging van de door de aanvrager aangegane verbintenissen vereist.

De definitieve beslissing wordt ambtshalve en van rechtswege geannuleerd indien de werken niet begonnen of de aankopen niet uitgevoerd zijn vóór het einde van het trimester dat volgt op het trimester dat de aanvrager in het door het Rijksfonds goedgekeurd plan der aankopen, werken en huren als het trimester had aangeduid tijdens hetwelke de werken zouden begonnen of de aankopen zouden uitgevoerd worden.

Wanneer de aanvrager zich vóór het verstrijken van de termijn bedoeld in vorig lid op een overmacht beroept, kan de raad van beheer van het Rijksfonds deze termijn ofwel met ten hoogste zes maanden verlengen, indien de aanvraag de toekenning van toelagen voor de oprichting of verbouwing van gebouwen of voor de aankoop van de ervoor bestemde uitrusting betreft, ofwel met ten hoogste drie maanden, indien de aanvraag de toekenning van toelagen voor de aankoop van grond of gebouwen en uitrusting betreft zonder betrekking op de oprichting of verbouwing van gebouwen. »

Art. 13. In dezelfde besluiten wordt een artikel 15 *bis* ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel 15 *bis*, Op straffe van uitsluiting moet de vereffening van de toegekende toelagen aan de hand van de in artikel 15 bedoelde bewijsstukken aangevraagd worden binnen een termijn van zes maanden te rekenen ofwel vanaf de datum van de betekening van definitieve beslissing, indien de werken of aankopen op het ogenblik van die beslissing al uitgevoerd zijn, ofwel vanaf de uitvoeringsdatum, indien de werken of aankopen op het ogenblik van de definitieve beslissing nog niet uitgevoerd zijn. »

HOOFDSTUK III. — Bepalingen over de beschermde betrekkingen

Afdeling 1. — Bepalingen over de toekenning van toelagen voor de oprichting, de vergroting of de inrichting van beschermde werkplaatsen

Art. 14. In artikel 2, § 1, lid 2, 2° en § 2, lid 2, 2°, van het ministerieel besluit van 5 september 1978 houdende vaststelling van de criteria voor toekenning van de toelagen voor de oprichting, de vergroting of de inrichting van beschutte werkplaatsen worden de woorden « alsook de kosten van aankoop of huur van werkklédij » geschrapt.

Art. 15. Artikel 3, § 2, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij ministerieel besluit van 7 september 1983, is opgeheven.

Art. 16. In artikel 5, § 8, van hetzelfde besluit worden de woorden « De kosten van aankoop van de machines, van het meubilair en van de werkklédij » vervangen door de woorden « De kosten van aankoop van de machines en van het meubilair ».

Art. 17. Artikel 5, § 9, van hetzelfde besluit is opgeheven.

Art. 18. In artikel 12, lid 1, 1°, b, tweede lid en 4°, van hetzelfde besluit worden de woorden « van de machines, van het meubilair en van de werkklédij » vervangen door de woorden « van de machines en van het meubilair ».

Art. 19. Artikel 15, § 6, van hetzelfde besluit wordt vervangen door volgende bepaling :

« De toelage betreffende de aankoop van machines en van meubilair wordt vereffend nadat de aanvrager een kopie van de faktuur en een verklaring overlegt waaruit blijkt dat de machines en het meubilair in degelijke staat werden geleverd. »

Art. 20. Artikel 15, § 7, van hetzelfde besluit is opgeheven.

Afdeling 2. — Bepaling over de toekenning van toelagen voor onderhoud van beschutte werkplaatsen

Art. 21. § 1. Artikel 2, § 3, lid 1, van het ministerieel besluit van 17 januari 1978 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der toelagen voor onderhoud van de beschutte werkplaatsen, gewijzigd bij ministerieel besluit van 4 augustus 1981, wordt vervangen door volgende bepaling :

« § 3. De raad van beheer van het Rijksfonds kan aan de beschutte werkplaatsen waarvan de uitbating wegens buitengewone omstandigheden verlieslatend is een voorlopige bijkomende toelage verlenen, welke bij het basisbedrag bedoeld in § 1 gevoegd wordt. De raad van beheer stelt de buitengewone omstandigheden vast en bepaalt het bedrag van de bijkomende toelage. »

§ 2. Artikel 2, § 3, van hetzelfde besluit wordt met een lid 6 aangevuld dat luidt als volgt :

« De raad van beheer bepaalt ook de periode waarvoor deze bijkomende toelage verleend wordt. »

HOOFDSTUK IV. — Slotbepalingen

Art. 22. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 1990 behalve artikel 21, dat op 1 april 1990 in werking treedt.

Als overgangsbepaling :

1° wat de toepassing van de artikelen 1 tot 5 betreft, blijven de overeenkomsten voor beroepsopleiding of revalidatie, gesloten vóór de inwerkingtreding van dit besluit en opgenomen in het proces van omscholing en sociale reclassering, uitwerking hebben tijdens de duur waarvoor zij zijn gesloten;

2^o in afwijking van de bepalingen van de artikelen 9 en 10 van dit besluit worden de aanvragen tot toekenning van een tegemoetkoming in de kosten voor verplaatsingen door middel van een persoonlijk of geïndividualiseerd vervoermiddel, ingediend door de gehandicapten die van de bepalingen van de artikelen 9 en 10 niet kunnen genieten en gestaafd met een omstandig medisch attest, waaruit blijkt dat de gehandicapte zelfs in begeleiding van een derde persoon om medische redenen onmogelijk gebruik kan maken van een gemeenschappelijk vervoermiddel, voor een periode van één jaar vanaf de inwerkingtreding van dit besluit aan de raad van beheer van het Rijksfonds voorgelegd, die over de toekenning van de toelage zal beslissen na het advies van het technisch-medisch comité van het Rijksfonds te hebben ingenomen;

3^o de bepalingen van de artikelen 12 en 14 tot 20 van dit besluit zijn toepasselijk op de aanvragen om toelagen die vóór de inwerkingtreding van dit besluit ingediend zijn en waarvoor op dezelfde datum nog geen definitieve beslissing tot toekenning van een toelage is genomen.

Art. 23. De Gemeenschapsminister tot wiens bevoegdheid het gehandicaptenbeleid behoort is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 18 oktober 1990.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap :

De Voorzitter,

J. MARATTE

De Gemeenschapsminister van Jeugd, Sport, Volwassenenvorming en Sociale Aangelegenheden,

M. GROSCH

AUTRES ARRÊTÉS — ANDERE BESLUITEN

MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉCONOMIQUES

Agrément accordé à une entreprise pour faire des opérations d'assurances

Par arrêté royal du 31 janvier 1991 est accordé l'agrément à l'entreprise « Omniver N.V. » (code administratif : 0993), société anonyme dont le siège social est situé Schoenmarkt 33, à 2000 Anvers, pour pratiquer les branches suivantes :

- « Incendie et éléments naturels » (branche 08);
- « Autres dommages aux biens » (branche 09);
- « R.C. générale » (branche 13);
- « Pertes pécuniaires diverses » (branche 16).

Cet arrêté entre en vigueur le jour de la présente publication.

MINISTERIE VAN ECONOMISCHE ZAKEN

Toelating verleend aan een onderneming om aan verzekeringen te doen

Bij koninklijk besluit van 31 januari 1991 wordt aan de onderneming « Omniver N.V. » (administratief codenummer : 0993), naamloze vennootschap waarvan de maatschappelijke zetel is gevestigd Schoenmarkt 33, te 2000 Antwerpen, de toelating verleend om de volgende takken te beoefenen :

- « Brand- en natuurevenementen » (tak 08);
- « Andere schade aan goederen » (tak 09);
- « Algemene B.A. » (tak 13);
- « Diverse geldelijke verliezen » (tak 16).

Dit besluit treedt in werking vanaf de onderhavige bekendmaking.

MINISTÈRE DE LA JUSTICE

Ordre judiciaire

Par arrêtés royaux du 4 février 1991 :

— est acceptée, à sa demande, la démission de M. Schellekens, J.-P., de ses fonctions de juge consulaire au tribunal de commerce d'Anvers.

Il est autorisé à porter le titre honorifique de ses fonctions;

— démission honorable de ses fonctions de juge suppléant à la justice de paix du canton de Nivelles est accordée, à sa demande, à Mme Minne, Th.;

— sont nommés juge suppléant :

- à la justice de paix du canton de Hannut, M. Snyers, P., avocat;
- à la justice de paix du canton de Bouillon, M. Donnay, E., avocat;
- à la justice de paix du canton de Lessines, M. Thomas, L., licencié en droit, notaire à la résidence d'Ollignies (Lessines).

MINISTERIE VAN JUSTITIE

Rechterlijke Orde

Bij koninklijke besluiten van 4 februari 1991 :

— is aan de heer Schellekens, J.-P., op zijn verzoek, ontslag verleend uit zijn ambt van rechter in handelszaken in de rechtbank van koophandel te Antwerpen.

Het is hem vergund de titel van zijn ambt eershulve te voeren;

— is aan Mevr. Minne, Th., op haar verzoek, eervol ontslag verleend uit haar ambt van plaatsvervangend rechter in het vrederecht van het kanton Nijvel;

— zijn benoemd tot plaatsvervangend rechter :

- in het vrederecht van het kanton Hannut, de heer Snyers, P., advocaat;
- in het vrederecht van het kanton Bouillon, de heer Donnay, E., advocaat;
- in het vrederecht van het kanton Lessines, de heer Thomas, L., licentiaat in de rechten, notaris ter standplaats Woeligen (Lessines).